

§ 12 AGG

(1) Der [Arbeitgeber](#) ist verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz vor Benachteiligungen wegen eines in § [1 AGG](#) genannten Grundes zu treffen. Dieser Schutz umfasst auch vorbeugende Maßnahmen.

(2) Der [Arbeitgeber](#) soll in geeigneter Art und Weise, insbesondere im Rahmen der beruflichen Aus- und Fortbildung, auf die Unzulässigkeit solcher Benachteiligungen hinweisen und darauf hinwirken, dass diese unterbleiben. Hat der [Arbeitgeber](#) seine Beschäftigten in geeigneter Weise zum Zwecke der Verhinderung von Benachteiligung geschult, gilt dies als [Erfüllung](#) seiner Pflichten nach Absatz 1.

(3) Verstoßen [Beschäftigte](#) gegen das Benachteiligungsverbot des § [7 Abs. 1 AGG](#), so hat der [Arbeitgeber](#) die im Einzelfall geeigneten, erforderlichen und angemessenen Maßnahmen zur Unterbindung der Benachteiligung wie [Abmahnung](#), Umsetzung, Versetzung oder Kündigung zu ergreifen.

(4) Werden [Beschäftigte](#) bei der Ausübung ihrer Tätigkeit durch Dritte nach § [7 Abs. 1 AGG](#) benachteiligt, so hat der [Arbeitgeber](#) die im Einzelfall geeigneten, erforderlichen und angemessenen Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten zu ergreifen.

(5) Dieses Gesetz und § 61b ArbGG (des Arbeitsgerichtsgesetzes) sowie Informationen über die für die Behandlung von Beschwerden nach § [13 AGG](#) zuständigen Stellen sind im [Betrieb](#) oder in der Dienststelle bekannt zu machen. Die Bekanntmachung kann durch Aushang oder Auslegung an geeigneter Stelle oder den Einsatz der im [Betrieb](#) oder der Dienststelle üblichen Informations- und Kommunikationstechnik erfolgen.